



**Es fehlten entschuldigt:**Ratsmitglieder CDU

Weber, Cornelia

CDU

Sachkundige Bürger CDU

Atas, Abdullah

CDU

Sachkundige Bürger SPD

Chaaban, Sami

SPD

beratende Mitglieder

Bockelmann, Anke

ev. Kirche

Jendreschik, Michael

AWO-Jugendzentrum Blue Planet

**Es fehlten unentschuldigt:**beratende Mitglieder

Pater Antony smm, Francis

kath. Kirche

**Von den Offenen Ganztagsgrundschulen (bis einschließlich der öff. Sitzung):**

Frau Anne Knoche, OGS der Heier Grundschule

Frau Theres Lang, OGS der GGS Müllenbach

**Von der Verwaltung:**

Herr Thomas Garn

Herr Norbert Tesch

Herr Oliver Busch (Schriftführer)

Der Vorsitzende, Herr Kramer, eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

### Öffentliche Sitzung:

<b>1</b>	<b>Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich ab Schuljahr 2026/27; Sachstand Ganztagsstrategie</b>	Drucksache Nr. <b>IV/107/23</b>
----------	--	------------------------------------

Unter Bezugnahme auf die in der Sitzungsvorlage enthaltenen Informationen, bittet Herr Garn die Vertreterinnen der Grundschulen und Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS) zum aktuellen Sachstand zur Umsetzung des aufwachsenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich ab dem Schuljahr 2026/27 zu berichten.

Die in der Steuerungsgruppe der Gemeinschaftsgrundschule Müllenbach mit dortiger OGS erarbeiteten Ergebnisse werden von Frau Susanne Beyer und Frau Theres Lang anhand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Anschließend berichten Frau Claudia Knoche für die Heier Grundschule und Frau Anne Knoche für die dortige OGS ebenfalls anhand einer Power-Point-Präsentation über den aktuellen Sachstand der Ganztagsstrategie. Auch diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Neben den Herausforderungen im personellen sowie pädagogischen Bereich zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung werden von den Vertreterinnen beider Schulen und OGS'en auch die baulichen Gegebenheiten in Bezug auf die Notwendigkeiten für eine erfolgreiche Ganztagsbetreuung angesprochen.

Herr Garn berichtet daraufhin, dass für die Pausenhalle der Gemeinschaftsgrundschule Müllenbach durch ein Fachbüro ein Entwurf für deren Einhausung erstellt werde, damit die Pausenhalle multifunktional genutzt werden könne. Bezüglich der Heier Grundschule bestehen bereits konkrete Ansätze für gewisse bauliche Maßnahmen, wie beispielsweise der Vornahme von Wanddurchbrüchen zur Schaffung von Sichtbeziehungen zwischen Räumlichkeiten. Außerdem gibt es Überlegungen, Flurbereiche schulisch mitzunutzen, soweit dies brandschutzrechtlich zulässig sei. Dies werde derzeit durch ein Ingenieurbüro geprüft. Des Weiteren, so Herr Garn, gibt es Überlegungen, im Zuge der Baumaßnahmen Barrierefreiheit herzustellen, um den Notwendigkeiten der schulischen Inklusion gerecht zu werden.

Die beiden Grundschulen würden zu gegebener Zeit noch detailliert in den jeweiligen Prozess eingebunden werden.

<b>2</b>	<b>Kostenentwicklung Offene Ganztagsgrundschule (OGS); Sachstandsbericht</b>	Drucksache Nr. <b>IV/108/23</b>
----------	--	------------------------------------

Herr Garn geht auf die aus den der Sitzungsvorlage beigefügten Anlagen ersichtlichen Defizite ein und erläutert insbesondere die Gründe des in der Kalkulation für das Schuljahr 2023/24 prognostizierten Defizits. Ursächlich hierfür seien im Wesentlichen die steigenden Trägerkosten. Diese resultieren aus der Entwicklung der Personalkosten sowie der Kostensteigerung durch Inflation. Die seitens des Landes Nordrhein-Westfalens jährlich erfolgende 3%-ige Erhöhung der Landeszuwendungen kompensiert die Veränderung nicht. Somit werde nach über sieben Jahren Beitragskonstanz aller Voraussicht nach eine Erhöhung der OGS-Beiträge zum kommenden Schuljahr 2024/25 erfolgen müssen.

<b>3</b>	<b>Zweckverband der Förderschulen (Gummersbach); Umlagegrundlagen</b>	Drucksache Nr. <b>BV/116/23</b>
----------	---	------------------------------------

Unter Verweis auf die Ausführungen in der Beschlussvorlage teilt Herr Garn ergänzend mit, dass an den Schulen der Gemeinde Marienheide im Rahmen der Inklusion eine hervorragende Arbeit geleistet werde. Das hat zur Folge, dass in den letzten Jahren an den Schulen des Zweckverbandes zunehmend weniger Schüler\*innen aus der Gemeinde Marienheide beschult wurden, obwohl die Anzahl an Schüler\*innen an den Schulen des Zweckverbandes in diesem Zeitraum gestiegen sei. Aus Gründen der Verursachergerechtigkeit sollte aus Sicht der Verwaltung daher die in der Beschlussvorlage dargestellte Änderung bei der Umlagenerhebung erfolgen. Frau Hillrichs sieht in der angestrebten Neuverteilung bei der Umlagenerhebung eine Benachteiligung der anderen Mitgliedskommunen, die im Rahmen der Änderung der Verteilung stärker belastet würden mit Blick darauf, dass dies zulasten der Solidargemeinschaft auch bei anderen Umlagen eintreten könne.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig,
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, an den Zweckverband der Förderschulen (Förderschwerpunkt Lernen sowie Emotionale und soziale Entwicklung) mit Sitz in Gummersbach folgenden Antrag zur Änderung der Schulverbandssatzung zu stellen:</p> <p>Es wird beantragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Absätze 2 und 4 des § 10 der Satzung des Zweckverbandes der Förderschulen (Förderschwerpunkt Lernen sowie Emotionale und soziale Entwicklung) wie folgt zu ändern:</p>	

- § 10 Abs. 2 soll folgende Fassung erhalten:  
„Für die nicht durch sonstige Erträge gedeckten Aufwendungen des Schulverbandes wird eine Verbandsumlage erhoben, die nach der Zahl der Schüler auf die Verbandsmitglieder verteilt wird.“
  
- § 10 Abs. 4 soll folgende Fassung erhalten:  
„Für die Verteilung nach Abs. 2 und 3 wird die Durchschnittszahl der Schüler zugrunde gelegt, die am 1. Oktober der letzten drei Jahre vor dem jeweiligen Haushaltsjahr, für das die Haushaltssatzung erlassen wird, die Schulen des Verbandes nach § 2 Abs. 2 besucht haben.“

<b>4</b>	<b>Mitteilungen und Verschiedenes</b>	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

Der Ausschuss wird von Herrn Garn über folgende Schülerzahlen informiert:

• **Schülerzahlen Grundschulen und Gesamtschule Schuljahr 2023/24 (amtl. Schulstatistik, Stand 15.10.2023)**

Grundschule	Heier Grundschule	351
	Grundschule Müllenbach	187
	Gesamt	538
 Gesamtschule	SEK I	 838
	SEK II	253
	Gesamt	1.091

**GL-Schüler/innen** (in o.g. Schülerzahlen enthalten)

Grundschule	Heier Grundschule	26
	Grundschule Müllenbach	3
	Gesamt	29
 Gesamtschule	SEK I	 87
	SEK II	1
	Gesamt	88

**Geflüchtete** (in o.g. Schülerzahlen enthalten)

Heier Grundschule	32	(davon 16 aus Ukraine)
GGs Müllenbach	7	(davon 7 aus Ukraine)
Gesamtschule	48	SEK I (davon 39 aus Ukraine)
	0	SEK II (davon 0 aus Ukraine)

**OGS Stichtag 15.10.2023**

OGS Marienheide:	Heier Grundschule	125
------------------	-------------------	-----

(davon GL-Schüler/innen: 12,  
davon Flüchtlingskinder: 10)

OGS Müllenbach:	GGS Müllenbach	82
	(davon GL-Schüler/innen: 1, davon Geflüchtete: 1)	
	Gesamt	207

### Betreuungsmaßnahme „8-13“

Heier Grundschule	30
GGS Müllenbach	17

### Anmeldungen Grundschulen Schuljahr 2024/2025:

Schulpflichtige	155	
Anmeldungen		
Heier Grundschule	69	
Grundschule Müllenbach	47	
Zurückgestellte Kinder (Einschulung 24/25)+3		
Rückstellung (Einschulung 25/26)	-2	
Wegzug	-3	
außerhalb angemeldet	-14	(5 Peisel, 6 Hülsenbusch, 1Windhagen,1Kierspe,1GM- Becke)
„no shows“ (Verbleib noch zu klären)	-23	

Vorbehaltlich der derzeit vorliegenden 116 Anmeldungen an Marienheider Grundschulen ergibt sich eine Klassenrichtzahl von 5,04. Demnach könnten zum Schuljahr 2024/2025 **fünf Eingangsklassen** gebildet werden, deren Verteilung folgendermaßen vorgenommen werden könnte:

Heier Grundschule	3 Klassen
GGS Müllenbach	2 Klassen

Frau Knoche informiert darüber, dass sich die Zahl der Anmeldungen an der Heier Grundschule zwischenzeitlich auf 78 erhöht habe. Herr Garn merkt an, dass die derzeitige Anmeldezahl noch keinen abschließenden Stand darstelle und sich diese bis zum Beginn des nächsten Schuljahres noch quasi täglich ändern könne.

- **Aktionsprogramm Integration**

Durch das seit August dieses Jahres noch bis 31.12.2023 laufende Landesprogramm „Aktionsprogramm Integration“ erhalte die Gemeinde Marienheide eine fachbezogene Pauschale in Höhe von ca. 33.500 EUR. Die Mittel können von den Schulträgern schulbezogen oder schulübergreifend dazu genutzt werden, um vor Ort individuelle Förderangebote auf- und auszubauen und Kooperationen mit außerschulischen Partnern zu organisieren. Das Ziel der durchzuführenden Förderangebote sei es, Schulen zu unterstützen um den

Bildungsanspruch aller Schüler\*innen auch unter erschwerten Bedingungen zu erfüllen. Damit könne auf die weiter zunehmende Diversität in der Schülerschaft mit verschiedenen Maßnahmen reagiert werden. Finanziert werden können beispielsweise Maßnahmen zur Sprachförderung, für die Alltagsintegration, zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe bzw. zur Ausstattung mit zusätzlichem Lern- und Lehrmaterial zur Sprachförderung. Dazu können auch mobile Endgeräte zählen, sofern diese nicht zur schulischen Grundausstattung gehören und ein direkter Zusammenhang zur Umsetzung einer schulbezogenen Maßnahme zur Erfüllung des Bildungsanspruchs von Schüler\*innen unter erschwerten Bedingungen besteht.

Auf die gemeindlichen Schulen wurde der vorgenannte Betrag folgendermaßen aufgeteilt:

- |  |                |
|--|----------------|
| - Gemeinschaftsgrundschule Müllenbach: | ca. 2.500 EUR  |
| - Heier Grundschule:                   | ca. 12.500 EUR |
| - Gesamtschule Marienheide:            | ca. 18.500 EUR |

Eine Verwendung dieser Mittel erfolgt durch die

- GGS Müllenbach für zusätzliche Materialien zur Lehr- und Lernförderung sowie Sprachförderung,
  - Heier Grundschule für eine Kooperation mit dem „Übungsmeister“, worüber ein Programm zur Elternarbeit mit ukrainischen Familien angeboten werde, der Anschaffung der APP „Deutschfuchs“, für ein Sozialtraining mit der „Abenteuerwerkstatt“ sowie für Honorarverträge mit pädagogischen Fachkräften, die Unterricht von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) anbieten,
  - Gesamtschule Marienheide für Material zur Sprachförderung, ein Tagesprojekt "Aktiv gegen Gewalt" in zwei ausgewählten Klassen, zusätzlichen Deutschunterricht durch die Schülerhilfe Gummersbach sowie für Tablets für die Integration zur Sprachförderung.
- **Schwimmcontainer „narwali“**  
Die Landesregierung NRW habe sich das Ziel gesetzt, die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen deutlich zu verbessern. Das Modellvorhaben der mobilen Schwimmcontainer „narwali“ sei Teil der Schwimmoffensive der Landesregierung. Mit dem drei Millionen EUR umfassenden Modellvorhaben der mobilen Schwimmcontainer sei beabsichtigt, mehr zusätzliche Wasserflächen zur Unterstützung beim Schwimmen lernen im Kindesalter zu schaffen. Es würden fünf Schwimmcontainer, je einer pro Regierungsbezirk, für eine aktive Laufzeit von insgesamt 24 Monaten eingesetzt, der an mehreren Standorten für jeweils vier bis sechs Wochen zum Einsatz komme. Der Schwimmcontainer habe eine Mindestgröße von 12 x 2,4 Metern. Die in der Sitzung gezeigte Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Für das Projekt werde ein Projektträger je Regierungsbezirk eingesetzt, für den Regierungsbezirk Köln der Kreissportbund Düren, über welchen auch entsprechende Schwimmlehrkräfte beschäftigt werden. Zielgruppe für eine

Nutzung des Schwimmcontainers seien Kinder im Vorschulalter sowie Grundschüler\*innen im außerunterrichtlichen Bereich.

Die Gemeinde Marienheide habe Interesse an der Nutzung von „narwali“ signalisiert. Gegenwärtig sei geplant, dass „narwali“ zu Beginn des zweiten Tourenjahrs dann Station in Marienheide machen könne. Dies wäre im Spätsommer bzw. Herbst 2024. Möglicher Standort aufgrund der benötigten Infrastruktur könne an der Halle Jahnstraße sein.

- **Bundesfreiwilligendienst**

Die beiden für die Heier Grundschule genehmigten Einsatzplätze beim Bundesfreiwilligendienst konnten aktuell besetzt werden, in der Gesamtschule Marienheide seien derzeit zwei Stellen besetzt, wobei allerdings eine Bundesfreiwilligendienstleistende ihren Dienst zum Ende Januar 2024 beenden werde. Die Stelle in der GGS Müllenbach sei derzeit unbesetzt.

- **Umwandlung der Sekundarschule in Wiehl-Bielstein in eine Gesamtschule**

Die Bezirksregierung Köln habe den Antrag der Stadt Wiehl auf Umwandlung der Sekundarschule in Bielstein in eine Gesamtschule zum Schuljahr 2023/24 abgelehnt, die Stadt Wiehl habe hiergegen Rechtsmittel eingelegt. Das Ergebnis des Klageverfahrens bleibe abzuwarten. Zudem wurde die dortige Verwaltung vom Rat der Stadt Wiehl beauftragt, parallel dazu einen weiteren Antrag auf Umwandlung der Sekundarschule in eine Gesamtschule für das Schuljahr 2024/25 zu stellen. Die Gemeinde Marienheide habe sich aufgrund der erneuten Antragstellung wiederum mit einem Schreiben an die Bezirksregierung Köln gewandt, und hinsichtlich der Antragstellung für das Schuljahr 2024/25 erneut ihre ablehnende Haltung zur beabsichtigten Gründung einer Gesamtschule in Wiehl zum Ausdruck gebracht sowie an die Bezirksregierung Köln appelliert, dem erneuten Antrag ebenfalls eine Absage zu erteilen.

- **Schulisches Mobilitätsmanagement**

Der Ausschuss habe die Verwaltung in der letzten Sitzung vom 31.05.2023 beauftragt, einen Antrag auf Förderung von Maßnahmen zum schulischen Mobilitätsmanagement zu stellen. Dies sei verwaltungsseitig erfolgt und es wurde daraufhin eine Landesförderung in Höhe von 28.800 EUR bewilligt. Die Finanzierung des gemeindlichen Eigenanteils in Höhe von 7.200 EUR sei aus Haushaltsmitteln des Jahres 2024 vorgesehen. Dadurch würden Gesamtmittel von 36.000 EUR, pro Schule rechnerisch somit 12.000 EUR, für eine Bestandsaufnahme und Analyse der schulischen Verkehrswege zur Verfügung stehen. Der Fokus der Bestandsaufnahme und Analyse richte sich auf die Verkehrsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auf ihren alltäglichen schulischen Wegen. Das Ziel ist es, Gefahrenstellen zu erkennen und die aktuelle Situation im Rahmen des schulischen Mobilitätsmanagements dauerhaft zu verbessern.

Der Ausschuss wird von Herrn Busch über die Situation im Bereich der **Unterbringung geflüchteter Personen** informiert. Hiernach habe die Gemeinde derzeit rechtskreisübergreifend tagesaktuell 106 Personen aufzunehmen. Dem stehen tagesaktuell 64 freie Unterbringungsplätze gegenüber.

Herr Busch berichtet des Weiteren über eine telefonische Mitteilung der Bezirksregierung Köln. Von dort sei zeitnah eine Ortsbesichtigung des VdK-Heimes geplant. Diese Besichtigung stünde im Kontext zu den Planungen einer Landeseinrichtung in Gummersbach. Für die Errichtung einer Landesunterkunft als alleinige Einrichtung im Umkreis seien die 210 Plätze im VdK-Heim zu gering.

Frau Hillrichs verweist auf die ständige kommunale Beschlusslage, wonach die Gemeinde Marienheide die Flüchtlinge dezentral unterbringe. Sie sehe Nachteile bei der Akzeptanz in der Bevölkerung bei der Belegung von Personen, die nur eine kurze Zeit dort leben. Sie fragt in diesem Zusammenhang nach den Auswirkungen einer möglichen Einrichtung durch das Land. Herr Busch erläutert die Vorteile für die Gemeinde. Es fände eine Anrechnung auf die kommunale Aufnahmeverpflichtung statt, das Land trage aber die Kosten.

Der Vorsitzende, Herr Kramer, teilt dem Ausschuss mit, dass Herr Tesch alsbald in den Ruhestand eintrete und dies seine letzte Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales sei. Unter Zustimmung durch die Ausschussmitglieder dankt er Herrn Tesch für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

Vorsitzende/r:

Schriftführer/in:

gez.  
Harald Kramer

gez.  
Oliver Busch

Gesehen:

gez.  
Stefan Meisenberg  
Bürgermeister